

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 848 pabn d

Inhalt

Annemarie Renger MdB fordert die Supermächte, aber auch die Europäer zur Besinnung auf: Keine Waffen mehr in die Golfregion!
Seite 1

Professor Gerhard Heimann MdB setzt sich mit dem Papier eines CDU-Abgeordneten auseinander: Die Null-Lösung des Herrn Friedmann für die Deutsche Frage.
Seite 2

Christa Randzio-Plath würdigt den Beitrag der Hamburger Wählerinnen für den Erfolg der SPD: Frauen verpaßen der Bundesregierung eine Ohrfeige.
Seite 4

Klaus Kirschner MdB sieht einen Lernprozeß der Bundesregierung im Umgang mit den Behinderten: Kurskorrektur beschleunigt fortsetzen.
Seite 6

42. Jahrgang / 96

21. Mai 1987

Keine Waffen mehr in die Golfregion!

Die Supermächte, aber auch die Europäer müssen sich besinnen

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

37 tote und 21 verletzte Seeleute durch einen Angriff mit einer französischen Rakete auf ein unbeteiligtes US-Kriegsschiff im Persischen Golf - und einen Tag später geht die Welt wieder zur Tagesordnung über. Was muß denn dort eigentlich noch geschehen, damit sich die Supermächte - aber auch die europäischen Staaten - besinnen?

Weder Moskau noch Washington haben bisher in dem nun schon seit mehr als sechs Jahren tobenden Golfkrieg zwischen dem Iran und dem Irak Partei ergriffen. Sie sehen vielmehr anscheinend - wie wir in den vergangenen Monaten erfahren mußten - ihre Pflicht darin, durch wechselseitige Waffenlieferungen an die gegnerischen Staaten für eine Fortdauer des Krieges zu sorgen. Über Menschenleben wird in diesem Zusammenhang wenig gesprochen.

Da muß man sich doch fragen, welche Beweggründe hinter solch makabrem Verhalten stecken. Geht es um die Forderung nach Waffenlieferungen in Krisenregionen, wie sie erst kürzlich wieder erhoben wurden, dann wird immer wieder mit den wirtschaftlichen Interessen des Exportlandes argumentiert. Da ist es dann wohl nur ein „bedauerlicher Betriebsunfall“, wenn die Rakete eines NATO-Partners das Schiff des Hauptverbündeten trifft und dadurch eine unabsehbare Ausweitung des Krieges möglich macht.

Bei jeder neuen Schreckensnachricht aus dem iranisch-irakischen Krieg, der ja trotz Millionen von toten und verkrüppelten Menschen so häufig beschönigend als „Golf-Konflikt“ apostrophiert wird, sollte doch klarwerden, wie unvereinbar es mit dem Bekenntnis zu den Menschenrechten ist, Kommerz und Arbeitsplätze über das Leben und die Gesundheit von Menschen zu stellen. Der Tod dieser 37 amerikanischen Seeleute und anderer muß absolut dazu führen, daß ab sofort keine Waffen mehr in solche Regionen geliefert werden. Sonst machen sich die Waffenlieferer mit schuldig am Tod einer ganzen Generation junger Menschen im Iran und im Irak und derjenigen, die die Freiheit der internationalen Schifffahrt im Persischen Golf schützen.
(-/21.5.1987/vo-hs/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 06

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verständnis
für
Kunst
Kultur
Kommunikation



Die Null-Lösung des Herrn Friedmann für die Deutsche Frage

Anmerkungen zum Papier des CDU-Abgeordneten

Von Professor Gerhard Heimann MdB
Stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Das Bild, das die CDU/CSU in diesen Wochen bietet, erinnert an die 60er Jahre. Damals begannen die Supermächte nach der Kuba-Krise und dem Bau der Mauer in Berlin die Grundzüge ihrer Entspannungspolitik zu formulieren. Adenauer erkannte in der sich anbahnenden Verständigung der Großen nicht die Chancen, sondern nur die Gefahren für die Bundesrepublik Deutschland. Sein Versuch, sich gemeinsam mit Frankreich zu widersetzen, führte unaufhaltsam in eine selbstgewählte Isolierung, die durch die Große Koalition nur halbherzig und erst durch die sozial-liberale Koalition vollständig durchbrochen wurde. Parallel dazu wucherten in der CDU/CSU die abenteuerlichsten Spekulationen über eine mögliche Wiedervereinigung; so, als ob man mit ein paar Milliarden Deutsche Mark die DDR der Sowjetunion abkaufen könnte. Man denke an die damals vielbeachtete Rede von Rainer Barzel in New York.

Wiederholt sich das? Es wäre das erste Mal, daß sich Geschichte wiederholen würde. Aber manche Parallelen sind wirklich verblüffend. Erst wird die CDU/CSU-Fraktion durch Dregger und Rüge, der um seiner politischen Zukunft in dieser Fraktion willen seinen internationalen Ruf aufs Spiel setzt, in Bezug auf die doppelte Null-Lösung in eine fast totale internationale Isolierung manövriert, dann scheint sie vollends den Boden unter den Füßen zu verlieren, indem der Abgeordnete Friedmann die Chance wittert, seine alten Pläne zur Wiedervereinigung als das allerneueste Heilmittel für die allzu große Not der Christdemokraten auf dem kräftig expandierenden Markt der Illusionen anzupreisen. Versuchen wir es mal mit dem Unmöglichen, weil wir das Mögliche nicht mögen! - So ähnlich könnte die Devise lauten. Nun ist der Abgeordnete Friedmann nicht die CDU/CSU-Fraktion, sondern nur eine Stimme, die signalisiert, daß manche andere auch so denken. Dieser Denkprozeß, der, wenn er weitergeht, die CDU/CSU politikunfähig machen wird, ist deshalb das eigentlich Interessante.

Dabei sind nicht alle Erkenntnisse von vornherein falsch. Man konnte ja geradezu darauf warten, daß auch die Konservativen irgendwann entdecken würden, wie sehr deutsche, besonders preußische Interessen in langen Abschnitten unserer Geschichte mit den russischen identisch waren. Überhaupt - daß die Herren Dregger und Friedmann so dezidiert deutsche und europäische Interessen ausmachen, die nicht immer mit denen der Vereinigten Staaten übereinstimmen müssen, ist schon ein zu würdiger Lernprozeß. Nun merken auch sie, worüber in der SPD lange schon diskutiert wird, daß die Stationierung von 325.000 amerikanischen Soldaten in Westeuropa nirgendwo in der amerikanischen Verfassung garantiert ist und eine der vielen Optionen amerikanischer Politik darin besteht, mögliche militärische Konflikte in anderen Teilen der Welt, so lange es geht, von den Vereinigten Staaten selbst fernzuhalten. Allerdings hätte man das schon aus der von McNamara entwickelten NATO-Strategie der „Flexible Response“ lernen können.

Der Unterschied im Lernen zur SPD ist allerdings gravierend. Die Konservativen bemühen deutsche und europäische Interessen immer dann, wenn die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion dabei sind, sich ernsthaft über Abrüstung zu verständigen. Genau entgegengesetzt, hat die SPD auf die Wahrung vitaler deutscher und europäischer Interessen bestanden, als die amerikanische Administration durch Hochrüstung die Ergebnisse der Entspannungspolitik in Europa zu zerstören drohte.

Das Gefährlichste an den Vorschlägen von Herrn Friedmann ist sein Ordnungsbild von Europa. Die Kühnheit, besser Tollkühnheit seiner Entwürfe ist auf den vergeblichen Versuch gerichtet, Vergangenes wiederherzustellen: das Europa der Vaterländer. Was die Sowjetunion bei einem Ausscheiden der DDR für die Stärke und den Zusammenhalt ihres europäischen Machtgefüges riskieren würde, wird sie selbst richtig einzuschätzen wissen. Von Herrn Friedmann wäre die Einsicht zu verlangen, daß die sich als wirtschaftlicher und politischer Faktor von Weltrang entwickelnde Europäische Gemeinschaft genau die innere Balance verlangt, wie sie durch das gegenwärtige Verhältnis Bundesrepublik Frankreich gerade nach gewahrt ist.

Auch ich glaube, daß die Sowjetunion die deutsche Karte, die sie durch ihre Präsenz in Zentraleuropa in der Hand hält, ziehen wird. Sie hat sie sogar schon gezogen; aber wie immer merken es die Konservativen erst hundert Jahre später. Sie sucht Zusammenarbeit und Partnerschaft mit der Bundesrepublik als Tor für die Europäische Gemeinschaft. Dabei wird sie der DDR den allergrößten Spielraum geben, damit diese Zusammenarbeit und Partnerschaft auch über die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen für die Deutschen besonders attraktiv wird. Es gibt andere, nach vorne weisende Lösungen der deutschen Frage als die, die Herr Friedmann vorschlägt. Aber sie sind nur mit der DDR, nicht gegen sie möglich.

(-/21.5.1987/rs/ks)



**Hamburger Frauen verpaßten der Bundesregierung eine Ohrfeige
Die Wählerinnen setzten in der Hansestadt den Erfolg der SPD durch**

Von Christa Rendzio-Plath
ASF-Landesvorsitzende Hamburg
Mitglied der Hamburger Bürgerschaft

Der Bonner Wende-Politik haben die Hamburgerinnen aller Generationen bei den Wahlen zur Bürgerschaft am 17. Mai 1987 eine entschiedene Absage erteilt. In allen Altersgruppen wuchsen der SPD Stimmen zu. Der Wählerinnenanteil von fast 54 Prozent, die höhere Wahlbeteiligung der Frauen (80,6 Prozent) im Vergleich zu den Männern brachten der SPD den Wahlsieg.

Wie schon die Dezemberwahl 1982, die der SPD die absolute Mehrheit brachte, bewies auch die Mai-Wahl 1987, wie gewichtig die Stimmen der Frauen sind. Die SPD gewann bei den 18 bis 25jährigen Frauen 9,5 Prozent hinzu, bei den 25 bis 35jährigen 7,3 Prozent, bei den 35 bis 45jährigen 9,6 Prozent, bei den 45 bis 60jährigen 1,1 Prozent und bei den älteren Frauen 0,8 Prozent. Bei der Wahl am 9. November 1986 hatten vor allem die jüngeren Frauen sich der SPD versagt und entweder nicht gewählt oder sich aber für die GAL entschieden. Jetzt stieg die Wahlbeteiligung der jungen Frauen um 3,9 Prozent. Die GAL verlor von den Stimmen der 18 bis 25jährigen Frauen 13,3 Prozent. Nur bei den 25 bis 35jährigen Männern hat die SPD mehr „Stiche“ als bei den Frauen. 49,3 Prozent der Männer-, 47,2 Prozent der Frauenstimmen erreichte die SPD.

Der von Frauen durchgesetzte Wahlerfolg der Hamburger SPD verpflichtet die Hamburger SPD. Ihre Wahlaussage zugunsten der SPD ist ein Vertrauensvorschuß, der eingelöst werden will. Schnell kann dieses Vertrauen auch enttäuscht werden; denn die vielen Wählerinnen haben die Hamburger SPD vor allem deswegen gewählt, weil sie eine schwarze Republik verhindern wollen. Der Hamburger Wahlerfolg wird von ihnen als Ohrfeige für Bonn verstanden. Die negative Bonner Haltung zum Abbau der atomaren Mittelstreckenwaffen war sicherlich ein zusätzliches Motiv; denn insbesondere die Frauen haben sich lange schon gegen die Raketenstationierung gewandt.

Ein „Glücksfall“ für die Hamburger SPD war auch das hartnäckige Nein der GAL zur Frage einer Regierungsbeteiligung; denn Frauen sind noch stärker als Männer daran interessiert, daß Wahlausagen von Parteien auch in konkrete Politik umgesetzt werden. Sehr viele Frauen haben in Diskussionen und an den Informationsständen, bei den Telefonaktionen oder Hausbesuchen aus ihrer Sympathie für die GAL-Frauenliste kein Hehl gemacht. Sie betonten aber gleichzeitig, daß sie die SPD wählen wollen, um die Unregierbarkeit Hamburgs zu beenden und nicht mit ihrer Stimme für die GAL wohlmöglich noch zu einem schwarzen Wahlsieg oder zur Bildung einer Großen Koalition beizutragen.



Künstlerinnen und Wissenschaftlerinnen, Studentinnen, Frauen aus Frauenprojekten, ABM-Maßnahmen, Erzieherinnen konnten so beispielsweise neu für die SPD gewonnen werden. Dabei spielte die Absicht der Bundesregierung, den Paragraphen 218 auszuhöhlen auch eine Rolle. Das wurde anlässlich der Veranstaltungen zum fünfjährigen Bestehen des Hamburger Familienplanungszentrums deutlich. Die Entscheidungen der hessischen Landesregierung, Frauenprojekte nicht unbedingt so weiter zu fördern wie bisher, mag in die Stimmenscheidung der Frauen genauso hereingespielt haben, wie die Erfahrung, daß der Wahlerfolg der CDU bei den Kommunalwahlen in Norderstedt bei Hamburg dazu führte, daß das einzige Frauenhaus geschlossen wurde.

Die Frauen haben sich also nicht mit Schwung und Elan für die SPD entschieden, sondern vor allem aus Vernunftgründen. Mühsam ist dieser Wahlerfolg auch von Frauen Frauen abgerungen worden. Immer wieder hat auch die ASF Hamburg die Folgen eines hamburgischen Rechtsrucks auf ihren Wahlbustourneen, Info-Ständen und Veranstaltungen unterstrichen. Diese Kleinarbeit vor Ort hat zu einem neuen Vertrauensvorschuß für die SPD geführt. Die SPD kann schnell an Vertrauen verlieren, wenn sie die Anliegen der Frauen in Hamburg nicht aufnimmt. Fraueninteressen dürfen nicht Unternehmerinteressen der FDP geopfert werden, Sparpolitik kann nicht zu Lasten von Frauen und Familien gehen. Die Koalitionsverhandlungen mit der FDP werden zeigen, welche Lehren die SPD aus den Wahlergebnissen vom 9. November und 17. Mai gezogen hat.

Eines war jedenfalls hamburgweit klar: Frauen und Männer wollen, daß mehr Frauen mitbestimmen. Der ASF-Slogan „Frauen ins Rathaus“ erhielt nur Zustimmung. Wiederum werden deswegen fast ein Drittel der SPD-Abgeordneten Frauen sein. Die ASF fordert darüber hinaus mindestens 40 Prozent aller Senatorenämter und Staatsratsämter für Frauen.

(-/21.5.1987/rs/ks)

Lernprozeß im Umgang mit Behinderten

Die Bundesregierung sollte ihre Kurskorrektur beschleunigt fortsetzen

Von Klaus Kirschner MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Soziales

Vor rund 12 Jahren trat das Gesetz über die Sozialversicherung Behinderter in Werkstätten für Behinderte in Kraft. In seiner ursprünglichen Fassung sah es vor, daß für deren Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung ein fiktives Bruttoarbeitsentgelt in Höhe von 90 von Hundert des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts aller Versicherten zugrunde zu legen ist. Die dadurch erzielbare Rentenhöhe sollte die weitgehende Unabhängigkeit dieser Behinderten von Sozialhilfeleistungen nach Beendigung des Arbeitslebens sichern.

Das berüchtigte „Haushaltsbegleitgesetz 1984“ der Wende-Regierung machte diese Zielsetzung zunichte. Die Absenkung der Rentenbemessungsgrundlage von 90 auf nunmehr nur noch 70 von Hundert des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts bewirkte faktisch die Kürzung der Rentenansprüche Behinderter um 22 von Hundert. Die spätere Sozialhilfeabhängigkeit der in geschützten Einrichtungen beschäftigten Behinderten wurde damit zementiert. Einhellige Warnungen der Sozialdemokraten und aller in einer Ausschußanhörung befragten Sachverständigen vor diesem Effekt vermochten weder die Bundesregierung noch die Koalitionsfraktionen im Herbst 1983 zum Einlenken zu bewegen.

Kernaussage der an Zynismus grenzenden Begründung der Regierungsvorlage: Mit der Absenkung der Bemessungsgrundlage würde der Übergang Behinderter aus den geschützten Einrichtungen auf den freien Arbeitsmarkt erleichtert.

In ihrer Antwort auf die schriftliche Frage eines CDU/CSU-Abgeordneten, ob „leistungsfähigere“ Behinderte wegen befürchteter rentenversicherungsrechtlicher Nachteile ein Überwechseln auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vermieden, wird ein begrüßenswertes Abrücken der Bundesregierung von ihrer im Herbst 1983 vertretenen Position erkennbar. Der Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung hält es danach für „nur schwerlich denkbar“, die Befürchtung rentenversicherungsrechtlicher Nachteile könnte Behinderte von der Aufnahme einer Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt abhalten.

Sein Hinweis, daß eine solche Beschäftigung in aller Regel mit einem wesentlich höheren Arbeitseinkommen als dem in einer Werkstatt für Behinderte erreichbaren verbunden wäre, ist gerade eindringlich durch den Werkstattentag 1986 in München bestätigt worden, wo von einem durchschnittlichen Arbeitseinkommen der Behinderten in Werkstätten in Höhe von monatlich 219,66 DM berichtet wurde.

Die in der Antwort ebenfalls enthaltene Klarstellung, der Verbleib in der Werkstatt sei nicht in das Belieben des einzelnen Behinderten gestellt, sondern abhängig von der ständigen Überprüfung der gesetzlichen Voraussetzungen durch Werkstatt und Kostenträger, führt in dieser Deutlichkeit den Kern der Gesetzesbegründung von 1983 ad absurdum. Ein Grund mehr, den sozialpolitischen Rückschritt der „Operation 84“ schnellstens zu reparieren.

Wir Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag ermuntern die Bundesregierung, den ansatzweise erkennbaren Lernprozeß beschleunigt fortzusetzen und unsere Forderung auf Wiederanhebung der Rentenbemessungsgrundlage auf 90 von Hundert des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts aller Versicherten endlich aufzugreifen.

(-/21.5.1987/rs/ks)

* * *

